Forum-Gewerberecht | Reisegewerbe (Titel III GewO) | Reisegewerbekartenfreie Tätigkeit nach § 55a Abs. 1 Nr. 9

Autor	Beitrag
<p>Mendez 03.08.2006 12:02</p>	<p>Irgendwie blicke ich nicht mehr ganz durch. Bitte um Hilfe.</p> <p>Ein Hähnchenbrater steht seit längerer Zeit bei uns auf dem Wochenmarkt, jeweils Mittwochs (nicht festgesetzt nach § 69 GewO, sondern per Satzung geregelt). Er ist in Besitz einer Reisegewerbekarte. Nun häufen sich in letzter Zeit die Beschwerden von Marktbesuchern und Markthändlern über das beschäftigte (ständig wechselnde) Personal (angetrunken etc.). Diese „Arbeitnehmer“ besitzen keine RGK. Aussprachen mit dem Standinhaber waren erfolglos. Er stellt sich nun auf den Standpunkt, dass er und seine Beschäftigten nach § 55 a Abs. 1 Nr. 9 (Verkauf von Lebensmittel in regelmäßigen kürzeren Zeitabständen an jeweils der selben Stelle) eine reisegewerbekartenfreie Tätigkeit ausübt und wir somit gar nicht dagegen tun könnten. Es wäre seine Sache, was er für Personal beschäftigt.</p> <p>Ein Verzehr an Ort und Stelle findet nicht statt. Benötigen die Arbeitnehmer wirklich keine RGK mehr? Wäre dies der Fall, so hätten wir nur die Möglichkeit über die Marktsatzung darauf Einfluss zu nehmen.</p> <p>Danke für die Hilfe. Ich hoffe das ich das Problem einigermaßen deutlich machen konnte.</p>
<p>Menschel 03.08.2006 13:19</p>	<p>Mahlzeit aus Erkner, der Stadt zwischen Wäldern und Seen, kurz und knapp: Jagen Sie ihn vom Hof!</p> <p>Solange ein Verzehr im Weitergehen stattfindet, braucht er eine RGK. Und alle anderen, die in eigener Person ein Reisegewerbe ausüben, egal, ob als Selbstständiger oder als Arbeitnehmer, auch.</p> <p>§ 55a I Nr. 9 GewO meint "rollende Supermärkte" oder vergleichbare Einrichtungen (meist umgebaute Busse), die nach festgelegtem Tourenplan die Dörfer (z.B. Montags 9:00-11:00 A-Dorf, 12:00-14:00 B-Hausen, 15:00-17:00 Uhr C-Linchen; Dienstags 9:00-11:00 D-Stetten usw.) mit dem Lebensnotwendigen versorgen.</p> <p>Trotzdem, Kopf hoch . . .</p>
<p>Stadtverwaltung Frankenthal 03.08.2006 13:59</p>	<p>:kopfkraz: also, ich widerspreche ja nur ungerne einem Foren-As, aber wo steht, dass nur diese "rollenden Tante-Emma-Läden" gemeint sind? Laut Landmann/Rohmer Rd. 51 ff zu § 55 a GewO kann man unseres Erachtens auch einen Hähnchenverkäufer darunter subsumieren. Er verkauft ja Lebensmittel aus seinem Wagen in einem immer wiederkehrend Rhythmus und die Hähnchen werden ja meist nicht an Ort und Stelle verzehrt (also auch keine erlaubnisfreie Gaststätte, oder wie das jetzt heißt...).</p> <p>Wir verlangen daher keine Reisegewerbekarte, sondern ggf. nur eine Sondernutzungserlaubnis, sofern er öffentliche Fläche beansprucht. Des Weiteren nehmen wir den Wagen unter lebensmittelrechtliche Gesichtspunkten unter die Lupe. Aber ansonsten? Ist doch eigentlich wirklich sein Problem, welches Personal er beschäftigt, oder? Ich lasse mich gerne eines Besseren belehren...</p> <p>Gruß aus Frankenthal (Pfalz)</p>

Autor	Beitrag
<p>Menschel 03.08.2006 14:58</p>	<p>Meinen Gruß in die Stadtverwaltung Frankenthal,</p> <p>ich möchte mir nicht das Recht herausnehmen, Sie zu belehren.</p> <p>Meinem Verständnis der von Ihnen angeführten Ausführungen von Landmann/Rohmer gilt das für einen Hähnchenfritzen nur, wenn er quasi als Fleischer rohes Geflügel vertreibt. Für den Hähnchenbrater ist diese Ausnahmeregelung nicht gedacht.</p> <p>Ich interpretiere die Rd. 51 eher so, dass diese rollenden Tante-Emma-Läden" nicht unbedingt rollen müssen, sondern dass da auch ein Büdchen auf jedem Dorfplatz stehen kann, dass der Reisegewerbekarteninhaber in einem dem "Rollenden-Tante-Emma-Laden"-gleichem Turnus nur für jeweils kurze Zeit offen hält.</p> <p>Aber ich sehe zur Zeit auch das Problem, das der Brater und sein Personal eine RGK braucht (Verzehr im Weitergehen) der Gulaschkanonier aber nicht (Gaststätte im Reisegewerbe).</p>
<p>Stadtverwaltung Frankenthal 03.08.2006 16:09</p>	<p>:kopfkraz:</p> <p>okay, habe noch einmal nachgelesen... vielleicht haben Sie ja Recht, dass sich das auf das rollende Gefährt und ein Verkaufsständchen bezieht... aber das Hähnchen bleibt doch auch in gebratener Form ein Lebensmittel... und wenn der Gewerbetreibende immer jeden Donnerstag von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr in der X-Straße in Y-Stadt steht, sind doch die Kriterien erfüllt (nicht ortsfeste Verkaufsstelle/andere Einrichtung; in regelmäßigen, kürzeren Zeitabständen. Warum sollte er dann noch unbedingt eine Reisegewerbekarte brauchen? Ist mir leider immer noch nicht so ganz klar geworden...</p>
<p>Menschel 03.08.2006 16:17</p>	<p>ja, sicher ist ein Brathähnchen auch ein Lebensmittel.</p> <p>Ich sehe es aber eher als zubereitete Speise.</p> <p>Ich denke aus dem Landmann/Rohmer entnehmen zu können, dass es im Sinne der Vorschrift ist (wenn man die Entstehungsgeschichte berücksichtigt), nur solche Lebensmittelhändler und Händler mit Waren des täglichen Bedarfs zu privilegieren, die einen Dorfladen ersetzen und keine Würschtstände.</p>
<p>Boshamer 03.08.2006 16:37</p>	<p>Hallo aus Kierspe,</p> <p>ich sehe das so wie Menschel:</p> <p>Brathähnchen ist zubereitet, es sei denn, die Genforschung hat es schon hingekriegt, dass neuerdings Bratküken aus dem Ei schlüpfen :D</p> <p>Gruß Boshamer</p>

Autor	Beitrag
<p>Puz_zle 03.08.2006 17:53</p>	<p>:moin: :moin: aus Thüringen,</p> <p>ich sehe das wie die Kollegen von der Stadtverwaltung Frankenthal: Der Brathähnchenverkäufer kann mit unter die Privelegierung nach § 55 a Abs. 1 Nr. 9 GewO fallen, denn auch zubereitete Speisen sind Lebensmittel im Sinne dieser Vorschrift!</p> <p>Lt. Kommentar Landmann/Rohmer sowie Friauf (RdNr. 121) definiert sich der Begriff Lebensmittel im konkreten Fall gemäß der 84er Gesetzes-Novelle nach dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz LMBG:</p> <p>quote----- § 1 Lebensmittel</p> <p>(1) Lebensmittel im Sinne dieses Gesetzes sind Stoffe, die dazu bestimmt sind, in unverändertem, zubereitetem oder verarbeitetem Zustand von Menschen verzehrt zu werden; ausgenommen sind Stoffe, die überwiegend dazu bestimmt sind, zu anderen Zwecken als zur Ernährung oder zum Genuß verzehrt zu werden.</p> <p>-----</p> <p>Bei Einhaltung der Gewerbeanzeigepflicht gemäß § 55c bzw. § 14 GewO und Vorlage eines "Tourenplan" (alternativ: Standgenehmigung/Straßensondernutzungsgenehmigung) sehe ich keine weiteren Erfordernisse für den Hähnchenbrater aus rein gewerberechtlcher Sicht.</p> <p>Auch würde die Bejahung einer Reisegewerbekartenpflicht nicht unbedingt das Ausgangsproblem lösen: Beschwerden von anderen Marktteilnehmern und gelegentliche alkoholisierte Zustände (Blutprobe als Beweis veranlassen???) dürften höchstwahrscheinlich keinen gerichtsfesten Versagungsgrund für die Erteilung von Arbeitnehmer-RGKen darstellen.</p> <p>Der Lösungsansatz liegt eigentlich mehr im "Hausrecht". Die Marktsatzung wird sicherlich ein paar Verhaltensregeln für die Marktbesucher enthalten, die von "Geldbeutel-Schädigung" bis hin zu Versagung weiterer oder Aufhebung der bisherigen Standgenehmigung(en) führen kann.</p>
<p>Stadtverwaltung Frankenthal 03.08.2006 18:15</p>	<p>:) da bin ich aber froh, ich habe mir schon ernsthaft Gedanken gemacht, ob ich mit meiner Rechtsauffassung mal wieder allein da stehe!!! Sie haben mir den Feierabend gerettet! :danke: und Gruß aus Frankenthal</p>
<p>Flittard 03.08.2006 20:38</p>	<p>quote----- Original von Stadtverwaltung Frankenthal :) da bin ich aber froh, ich habe mir schon ernsthaft Gedanken gemacht, ob ich mit meiner Rechtsauffassung mal wieder allein da stehe!!! Sie haben mir den Feierabend gerettet! :danke: und Gruß aus Frankenthal -----</p> <p>Nein, nicht alleine. Auch ich teile diese Rechtsauffassung :D</p>

Autor	Beitrag
<p>Menschel 04.08.2006 07:14</p>	<p>Guten Morgen aus Erkner, der Stadt zwischen Wäldern und Seen, auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt mit meiner Rechtsauffassung allein dastehe, ein letztes Aufbäumen:</p> <p>Die Definition von Lebensmitteln scheint mir mehr dazu geeignet, meine Ansicht zu untermauern. Zitat: Lebensmittel ... sind Stoffe, die dazu bestimmt sind, in unverändertem, zubereitetem oder verarbeitetem Zustand von Menschen verzehrt zu werden;</p> <p>Das Suppenhuhn oder das TK-Hähnchen ist für mich das Lebensmittel, das Brathähnchen ist aber schon einen Schritt weiter (zubereitet) und damit schon in den Stand einer Speise geadelt worden.</p> <p>Wenn ich mich der anderen Ansicht anschliesse, würde das für mich bedeuten: Sämtliche Gastronomen wären (nur noch) Lebensmittelhändler???</p>
<p>Puz_zle 04.08.2006 07:56</p>	<p>:moin: :moin: aus Thüringen,</p> <p>quote----- Original von Menschel Wenn ich mich der anderen Ansicht anschliesse, würde das für mich bedeuten: Sämtliche Gastronomen wären (nur noch) Lebensmittelhändler???</p> <p>-----</p> <p>Anderherum: Wollen Sie den Hähnchenbrater zum Gastronomen "adeln", einschließlich Nichtanwendbarkeit des Ladenschlussgesetzes ?(Klar, Gastronomen sind "Lebensmittelhändler" auf höheren Niveau, denn in einer typischen Gaststätte erwarte ich ein paar mehr Dienstleistungen, als wenn ich mir im Vorbeigehen etwas vom Brathähnchenverkäufer mitnehme. Auch der typische rollende "Tante-Emma-Laden" hat zubereitete Lebensmittel im Angebot, die zum sofortigen Verzehr geeignet sind. Die 84er Einbringung der Regelung § 55a Abs. 1 Nr. 9 erfolgte u. a. mit der Begründung, dass mit der regelmäßigen Präsenz des Lebensmittelhändlers die gewerberechtliche Überwachung einfacher, als die des ansonsten typisch tätigen Reisegewerbetreibenden ist und somit eine RGK-freie Tätigkeit in diesen Fällen vom Gesetzgeber für vertretbar gehalten wurde.</p>
<p>Antonia Thien 04.08.2006 08:22</p>	<p>Moin,</p> <p>was unter Lebensmitteln zu verstehen ist, hat Herr Puz.zle eindeutig definiert. Darunter fallen also auch zubereitete Stoffe. Unter Zubereiten wird im Lebensmittelrecht jede Handlung verstanden, die der Genussfertigkeit dient, z.B. Kochen, Backen, Braten, aber auch entferntere Maßnahmen wie Haltbarmachen. Da der Kommentar zu § 55 a im Landmann/Rohmann zweifelsfrei auf die Definition des Lebensmittelrechts abstellt, ist das Brathähnchen ein Lebensmittel (s. auch Landmann/Rohmer zu § 67 Abs. 1 GewO).</p> <p>Viele Grüße A. Thien</p>

Autor	Beitrag
Sorgenschweinchen 04.08.2006 09:51	Moin, dass ist ja eine spannende Diskussion. Aber damit man das "Problem" in den Griff bekommt - kann man dem Hühnerbaron nicht einfach den Lebensmittelkontrolleur auf den Hals schicken ? Wenn die Angestellten tatsächlich angetrunken sind, dann achten die doch bestimmt auch nicht mehr auf alles so genau. Und wenn die Leute auch mit 4,8 Promille noch jedes Huhn tadellos gebraten kriegen, dann kann es auch nicht wirklich ein Problem für den Markt sein, wenn die dort Alkohol trinken, oder ??? Gruß aus Preetz Bluminante
Antonia Thien 04.08.2006 10:23	Hallo, das einfachste wird sein, wie schon von Herrn Puz.zle vorgeschlagen, vom "Hausrecht" Gebrauch zu machen. Der Wochenmarkt wird doch bestimmt als öffentliche Einrichtung betrieben, und es existiert eine Marktsatzung. Wir haben in unserer Marktsatzung verschiedene Bestimmungen, die z.B. das Verhalten auf dem Markt oder auch den Widerruf der Zulassung regeln. Über diese Bestimmungen ist es leicht, dem Hähnchenbrater zu Leibe zu rücken. Notfalls wird ihm, wenn er nicht anders will, eben die Zulassung entzogen. Viele Grüße A. Thien

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 183 174">Amber</p> <p data-bbox="92 179 323 208">04.08.2006 11:55</p>	<p data-bbox="496 179 807 208">quote-----</p> <p data-bbox="496 212 1366 280">Original von Menschel Guten Morgen aus Erkner, der Stadt zwischen Wäldern und Seen,</p> <p data-bbox="496 315 1461 383">auch auf die Gefahr hin, dass ich jetzt mit meiner Rechtsauffassung allein dastehe, ein letztes Aufbäumen:</p> <p data-bbox="496 418 1441 486">Die Definition von Lebensmitteln scheint mir mehr dazu geeignet, meine Ansicht zu untermauern.</p> <p data-bbox="496 490 1457 584">Zitat: Lebensmittel ... sind Stoffe, die dazu bestimmt sind, in unverändertem, zubereitetem oder verarbeitetem Zustand von Menschen verzehrt zu werden;</p> <p data-bbox="496 660 783 689">-----</p> <p data-bbox="496 754 639 784">Hallöchen,</p> <p data-bbox="496 819 1449 920">da steht doch schon ".....dazu bestimmt.....in ZUBEREITETEM ...Zustand...verzehrt" Ergo fällt auch ein gegrilltes und somit zubereitetes Hähnchen auch darunter.</p> <p data-bbox="496 925 1437 992">Auch ich sehe hier absolut keine Pflicht einer RGK; weder für den Herrn des Grills, noch für seine trunkenen Gesellen.</p> <p data-bbox="496 996 1437 1090">Aber selbst wenn, bliebe (wie bereits erwähnt) die Frage, inwieweit eine RGK dem Alkohol entgegen wirken könnte. Also bleibt auch in meinen Augen nur das Hausrecht.</p> <p data-bbox="496 1126 1493 1361">Und wenn man ganz hart sein will: Wie wäre es mit einer Abmahnung i.R. eines Verfahrens nach § 70a GewO (Untersagung der Teilnahme an Veranstaltungen/Märkte)? So in der Richtung: Wenn ein Gewerbetreibender es zulässt, dass jemand betrunken ein Hähnchen grillt besteht die Gefahr, dass die hygienerechtlichen Vorschriften (>Kontrolle(n) Gesundheitsamt!!!) nicht mehr eingehalten werden können, damit Gefahr für die Gesundheit der Kunden u.s.w. Wäre vielleicht eine Überlegung wert....</p> <p data-bbox="496 1397 839 1464">In diesem Sinne ein schönes Wochenende</p>

Autor	Beitrag
<p data-bbox="92 145 225 174">OJ Neuss</p> <p data-bbox="92 181 323 210">04.08.2006 19:53</p>	<p data-bbox="496 145 722 174">Hallo aus Neuss,</p> <p data-bbox="496 215 1449 277">in der ganzen Angelegenheit ist ja schon so einiges gesagt. Nichts desto trotz, gebe ich auch mal meinen Senf dazu:</p> <p data-bbox="496 318 1449 414">1. Auch meines Erachtens fallen die Hähnchenbrater unter § 55 a Abs. 1 Nr. 9 GewO, wenn Sie sich auf einer fest definierten, und der Betriebsitzbehörde angezeigten Route bewegen.</p> <p data-bbox="496 454 1449 517">Diese Unternehmen werden bei uns "Stehend im Reisegewerbe" nach § 14 GewO angezeigt.</p> <p data-bbox="496 557 1337 654">§ 70 a kann keine Anwendung finden, da es sich nicht um einen festgesetzten Markt handelt.</p> <p data-bbox="496 694 1422 757">Daher mal weg vom gewerberechtlichen und hin zum privatrechtlichen Teil der Sache.</p> <p data-bbox="496 797 1147 826">Wer ist denn Veranstalter des besagten Marktes?</p> <p data-bbox="496 866 1477 1059">In Neuss ist Veranstalter der meisten Wochen- und Grünmärkte das Ordnungsamt. In dieser Funktion haben wir mit den Marktbeschickern privatrechtliche Jahresverträge geschlossen. Verhält sich ein Beschicker vertragswidrig und/oder stört dieser den Marktfrieden, wird er zuerst schriftlich abgemahnt. Bei unverändertem Verhalten wird der Vertrag gelöst bzw. keine neuer Vertrag geschlossen.</p> <p data-bbox="496 1099 1477 1227">An den einzelnen Markttagen übt das Ordnungsamt zudem auf der Marktfläche das Hausrecht aus aus. Hier kann es in einem derart gelagerten Fall (sturzbetrunkenes Personal) dazu kommen, dass der zuständige Marktmeister bzw. die Marktmeisterin den Stand abbauen lässt.</p> <p data-bbox="496 1267 730 1296">Grüße aus Neuss</p> <p data-bbox="496 1404 703 1433">Jürgen Schmitz</p>

Autor	Beitrag
<p>Amber 05.08.2006 10:44</p>	<p>quote----- Original von OJ Neuss Hallo aus Neuss,</p> <p>in der ganzen Angelegenheit ist ja schon so einiges gesagt. Nichts desto trotz, gebe ich auch mal meinen Senf dazu:</p> <p>§ 70 a kann keine Anwendung finden, da es sich nicht um einen festgesetzten Markt handelt.</p> <p>-----</p> <p>Sorry OJ, aber hier muss ich widersprechen. Der 70a (1) sagt:</p> <p>Die zuständige Behörde kann einem Aussteller oder Anbieter die Teilnahme an einer bestimmten Veranstaltung oder einer oder mehreren Arten von Veranstaltungen im Sinne der §§ 64 bis 68 untersagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß er die hierfür erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt.</p> <p>(§ 64 Messe</p> <p>§ 65 Ausstellung</p> <p>§ 66 Großmarkt</p> <p>§ 67 Wochenmarkt</p> <p>§ 68 Spezialmarkt und Jahrmarkt)</p> <p>Damit sind sowohl die festgesetzten, als auch die sonstigen (hier: Wochenmärkte) eingeschlossen. Damit gibt der 70a ja gerade die Möglichkeit, die Leute von derartigen Veranstaltungen fern zu halten, wenn keine RGK erforderlich ist und eine generelle Untersagung nach 35 (aus welchen Gründen auch immer) nicht erfolgen kann oder soll. Wobei wir im Falle einer Untersagung das immer kombinieren - also Untersagung der generellen Gewerbeausübung nach 35 und Untersagung der Teilnahme an Veranstaltungen nach 70a.</p> <p>In diesem Sinne noch ein schönes Wochenende</p>
<p>Antonia Thien 07.08.2006 08:35</p>	<p>Moin,</p> <p>Herr Schmitz hat das schon ganz richtig gesagt: § 70 a I GewO bezieht sich nur auf festgesetzte Veranstaltungen (vgl. Landmann/Rohmer zu § 70 a GewO Rd.nr. 7), ist hier also nicht anwendbar.</p> <p>Viele Grüße A. Thien</p>

Autor	Beitrag
<p>Amber 07.08.2006 18:27</p>	<p>Hallöchen,</p> <p>hab den Landmann/Rohmer nicht zur Hand und möchte mich sicherlich nicht mit diesen Herren streiten :D:D- aber ich sehe es dennoch so, dass der 70a greift.....zumindest sehe ich nicht, wo der 70a die Untersagung ausschließt, nur weil es sich nicht um einen festgesetzten Markt handelt.</p> <p>Aber vielleicht liege ich ja tatsächlich auf der völlig falschen Schiene.....?(</p>
<p>Puz_zle 07.08.2006 19:21</p>	<p>:moin: :moin: aus Thüringen,</p> <p>Sorry Kollege Amber, aber die Kollegen Schmitz und Thien fahren m. E. auf der richtigen "Schiene". :)</p> <p>Dies ergibt sich aus der Vorschriften-Teilung in stehendes, Reise- und Marktgewerbe.</p> <p>Die Vorschriften des Titels IV GewO (einschließlich § 70a) gelten nur für die privilegierten - also festgesetzten - Veranstaltungen. Nur weil ein Wochenmarkt ein Markt ist, gelten nicht die Vorschriften über das Marktgewerbe.</p> <p>Hier greifen für die gewerblichen Anbieter auf dem nichtfestgesetzten Markt ausschließlich die Vorschriften zum Reisegewerbe und andere nur dann, wenn diese im Titel III der GewO ausdrücklich benannt sind. Dort ist die Untersagungsvorschrift für reisegewerbefreie Tätigkeiten unter § 59 geregelt. Auch wenn dieser auf die entsprechende Anwendung des § 35 verweist, so ist die 35er Untersagungsvorschrift ausschließlich für das stehende Gewerbe (Titel II GewO) gedacht und es hat nur einen redaktionellen Grund, dass die einzelnen Versagungsvorschriften des 35er nicht im 59er einfach wortgleich wiederholt werden, sondern der Einfachheit halber diese zur analogen Anwendung erklärt werden.</p> <p>Fazit: In Ergänzung meines Problem-Lösungs-Vorschlages zur Ausübung des "Hausrecht" ggf. auch die Untersagung i. S. des § 59 GewO prüfen. Da das Reisegewerbe auch eine Erlaubnispflicht für Arbeitnehmer kennt, käme auch als milderer Mittel m. E. zunächst die Untersagung für die Beschäftigten des Brathähnchenverkäufers in Betracht.</p>
<p>OJ Neuss 08.08.2006 09:08</p>	<p>Hallo aus Neuss,</p> <p>@ Amber</p> <p>Da Ihnen bedauerlicher Weise der Landmann/Rohmer nicht zur Verfügung steht, empfehle ich alternativ: Friauf, Rdnr. 23 der Vorbemerkungen vor Titel IV und Rdnr. 12 zu § 70a.</p> <p>Hiernach finden die Bestimmungen des Titels IV nur dann Anwendung, wenn die in §§ 60 b und 64 bis 68 aufgeführten Veranstaltungen nach § 69 festgesetzt wurden. Bei dem beschriebenen Wochenmarkt handelt es sich aber um einen "Privatmarkt", da dieser zwar prinzipiell festsetzungsfähig aber eben nicht festgesetzt ist.</p> <p>Tätigkeiten auf Privatmärkten werden von § 70 a jedoch nicht erfasst.</p> <p>Jürgen Schmitz</p>

Autor	Beitrag
Amber 08.08.2006 12:43	<p>:gruessgott:</p> <p>Mann, da hab ich ja wohl echt voll auf der Leitung gestanden.....:ohh_no: Warum ich nicht an den § 59 gedacht habe, wird wohl ein ewiges Geheimnis meines kleinbürgerlichen Beamtenhirns bleiben....Aber ich WUSSTE doch, dass es eine Möglichkeit analog zu 35 gibt.:umleitung03:</p> <p>Insofern gehe ich natürlich jetzt in Sack und Asche.</p> <p>Strafmildernd bitte ich jedoch zu berücksichtigen, dass ich weder den Landmann/Rohmer (welcher sich unter strenger Bewachung eines einzigsten Kollegen befindet und nicht immer so leicht zugänglich ist) noch den Friauff zur Hand habe/hatte - letzteren gibt es bei uns eh nur in der Fassung, die noch in Steintafeln gehämmert wurde...</p> <p>In diesem Sinne :weisse flagge:</p>

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge: